

# Markanter Anstieg des Defizitbeitrages

*Kostenvoranschlag der AHV/IV/FAK-Anstalten*

**Die Defizitdeckung des Landes an die IV-Verwaltungskosten nimmt immer grössere Ausmasse an. Für das kommende Jahr wird ein Beitrag von über 800'000 Franken prognostiziert.**

● VON MARKUS GOOP

Landtagspräsident Peter Wolff bezeichnete dies als «krasses Missverhältnis» im Vergleich zum Betrag der Verwaltungskostenbeiträge und plädierte deshalb auf eine Erhöhung dieser Beiträge.

Im Gesetz ist verankert, dass im Falle einer nicht genügenden Deckung seitens der IV-Verwaltungskosten durch die entsprechenden Verwaltungskostenbeiträge das Land die Defizitdeckung übernimmt.

## **Erhöhung unumgänglich**

Seit einigen Jahren würden die Verwaltungskostenbeiträge gemäss dem Landtagspräsidenten zirka drei Prozent der gesamten AHV/IV/FAK-Beiträge ausmachen, wobei nun, so Peter Wolff weiter, es eine Notwendigkeit sei, diesen Beitrag auf das Maximum von vier Prozent zu erhöhen. «Es kann doch nicht im Sinne des Gesetzgebers sein, dass unser Land gemäss Voranschlag für das kommende Jahr einen Defizitausgleich von rund 800'000 leisten muss

und von seiten der Versicherten ein Betrag von 572'700 Franken einbezahlt wird.» Bei einem solch starken Anstieg der Kosten sei es ausserdem nötig, eine genaue Berechnung dieser Defizitposition zu erstellen, eine Schätzung sei in diesem Falle nicht genug.

Eine Erhöhung der IV-Verwaltungskostenbeiträge gemäss Peter Wolff würde einen zusätzlichen Betrag von 190'900 Franken auf derselben Lohnbasis einbringen, womit man zumindest ein Viertel des Defizitbeitrages decken könne. «Auf der anderen Seite belastet diese Veränderung in keiner Weise die zahlungspflichtigen Arbeitgeber und Selbständigen übermässig. Prozentual entspreche dies einem Abzug von 0,012 Prozent des Lohnes.

## **Unbekannte Grösse**

Der Landtagspräsident hinterfragte ebenfalls die Zusammensetzung des mit 550'000 Franken prognostizierten Kostenvoranschlags des Absatzes «Vergütung des Landes für übertragene Aufgaben». Diese Kosten hätten sich wiederum um über 100'000 Franken gesteigert, deshalb sei es sicherlich sinnvoll, wenn die Regierung einmal näher auf die genaue Verteilung dieses Betrages und die Organisation des Betriebes eingehe.

Der Kostenvoranschlag wurde schlussendlich einhellig angenommen.